



www.nabis.de

Natur, Bildung und Soziales,
Bürger informieren Bürger e.V.

.....Juni 2006

Nabis e.V. Mannsfelder Str. 17, 50968 Köln

Nabis Rundbrief Sommer 2006

1. Nachbemerkenungen zu der Veranstaltung am 5. April zum Thema **Esch-Oppenheim-Betrugs-Skandal** in Köln
2. die nächste Nabis Veranstaltung und das Flugblatt dazu
3. Der Buchtipp: **Werner Rügemer** über Oppenheim
4. Veranstaltungstipps. Inklusiv: Was sind **Rainbow Gatherings?**
5. **Öko**, Grün und Co. Plus einen weiteren Bericht über die ominöse Vogelgrippe
6. **Soziales**: Arbeitswohlfahrt (AWO) verliert ihre Wohlfahrt und erübrigt sich selbst. Plus fünf Artikel über die neuesten Schweinereien zum **Thema Hart 4** -frisch von der großen Koalition verabschiedet- zur Drangsalierung der Erwerbslosen.
7. Brief der Freidenker zu **geplanten Privatisierungsmaßnahmen** in NRW
8. Krieg und Frieden:
 - 8.1. Dringender Aufruf zur **Rettung der Wissenschaftler und Akademiker im Irak**. USA und UK begehen Verbrechen gegen das humanitäre Völkerrecht im Irak
 - 8.2 **US Kriegs Vorbereitung gegen den Iran** und unerwarteter Beistand für den Iran durch Kooperation mit China und Russland.

Vorbemerkung

Die Bundesrepublik Deutschland ist laut unserem Grundgesetz ein freiheitlicher Sozial- und Rechtsstaat. Wie massiv und wie permanent grundgesetzlich verankertes Gebote von der alten und neuen Bundesregierung nach dem Vorbild und im Gleichschritt mit der USA ignoriert werden, ist erschreckend. Ich erinnere nur an die BND-Skandale, (Journalisten-Abhörungen im Innland, Zusammenarbeit mit dem US Militär im völkerrechtswidrigen Krieg gegen den Irak), die Unterstützung von kriminellen Verschleppungen und Entführung von Hunderten von Personen durch die CIA, die Relativierung des Folterverbots, der Einsatz von Militär nicht nur im Katastrophenfall im Inneren, die ständige finanzielle Förderung der Konzerne und Banken zum Nachteil der Bevölkerung, die Unterstützung der Kriegsvorbereitung der USA gegen den Iran, zum Nachteil der iranischen Bevölkerung, die massive Drangsalierung und Entrechtung der Armen und Erwerbslosen im Zusammenhang mit dem sog. Hartz 4 „Optimierungsgesetz“. Es finden unter dem Banner der „Privatisierungen“ Zerschlagungen von Strukturen der Daseinsfürsorge besonders in NRW statt. Und so weiter. Man könnte zu jedem Thema extra Rundbriefe und sogar Bücher erstellen, um halbwegs korrekt zu informieren. Denn die Medien berichten nicht mehr. Die Massen-Medien desinformieren zu fast allen wichtigen Themen; sie verdrehen und hetzen. Die USA und ihre globale Medien Maschine lügen uns in den nächsten Krieg hinein. Kritischer Journalismus ist nur noch ein Wort ohne Bedeutung. Sie betreiben auf internationaler Ebene Stimmungskampagnen gegen den Iran und auf nationaler Ebene Stimmungskampagnen gegen die Erwerbslose, die als Parasiten dargestellt werden. Und zack gibt es neue Gesetze, die auf Einsparungen im Sozialen hinauslaufen, aber die internationalen Militäreinsätze und die Kriegsverbrechen der USA werden schöngeredet. Seit dem letzten Rundbrief im Frühjahr 2006 verschlechtert sich der Zustand des Sozialstaates und des Rechtsstaates sehr. Ich habe versucht in gewissem Maße darüber zu berichten, daher hat dieser Rundbrief eher den Charakter eines Pressespielgels bezogen auf die angesprochenen Themen. Klar ist daß man dies nicht auf 30 Seiten nicht erschöpfend machen kann. Bedenkt, daß die Massen-Medien kommerzielle Einrichtungen sind die über Millionen und Milliarden Euros an Budget haben. Um sich aber wirklich zu informieren muß man sich heute selber versorgen mit Informationen. Der Nabis-Rundbrief ein bescheidender Beitrag dazu. Aber:

Der Nabis – Rundbrief kostet mir jedes Mal zwischen 10 und 15 Stunden Arbeit. Es ist ein Versuch aus der Fülle an Infos, die zu mir kommen, diejenigen zusammenzustellen, die im Rahmen des Vereins Nabis den angefangenen Dialog zwischen mir und den Naturschützern fortzusetzen. Vor 2 Jahren haben einige von uns versucht ein Stückchen Natur, die Raderberger Brache, vor einem unsinnigen Straßenbau zu schützen. Da wir damals –vor 2 Jahren- den Kampf nicht haben gewinnen können und da es aber trotzdem ein wichtiges Ansinnen bleibt, möglichst jedes Stückchen Natur in dieser Stadt vor Zerstörung zu bewahren, haben manche von uns den Verein Nabis gegründet. Ich habe versucht den Dialog mit allen aufrecht zu erhalten, indem ich mich jeden Mittwoch mit

Vereinsmitglieder und Sympathisanten getroffen und indem ich den Nabis-Rundbrief hergestellt habe. Da die Mittwochs-Treffen nur im kleinen Rahmen stattfinden konnten, weil die AWO in Raderberg auf ihr Häuschen sitzt und sitzt und wir keine echte Alternative gefunden haben, konnten wir uns auch nicht vergrößern. Wir treffen uns mit unterschiedlichen Themen weiterhin in privaten Wohnungen und manchmal in der Brache und ihr seid herzlichst eingeladen. Darüberhinaus würde mich interessieren, ob der Nabis Rundbrief überhaupt von euch wahrgenommen und evtl. auch gelesen wird. Bei den kommerziellen Zeitungen kann man das leicht erkennen, ob irgendein Produkt relevant ist; wenn es keiner kauft, ist die Sache klar. Ich hingegen produziere freiwillig, ehrenamtlich – ohne Kohle, einfach so. Das kann ich zwar auch immer so weiter machen, aber einen Nabis – Rundbrief zu produzieren, den Niemand interessiert, wäre mir nicht recht. Da würde ich mich lieber aufs Schweigen verlegen. Ich kann es aber ohne eure Reaktionen nicht herausfinden. Einzelne haben sich bisher sehr positiv geäußert, aber von der Mehrheit weiß ich, außer der E-Post-Adresse nicht viel. Laßt mich doch mal kurz eure Meinung wissen.

Ottmar Lattorf

1.) Viele Kiosk-Besitzer, Kneipen und Restaurants haben zum wiederholten Male unsere Flugblätter ausgelegt und sich wohlwollend geäußert. Einen herzlichen Dank gilt ihnen! Es gab außerdem folgendes von der letzten Veranstaltung (Esch-Oppenheim) zu berichten:



Natur, Bildung und Soziales,
Bürger informieren Bürger e.V.

.....Mai 2006

www.nabis.de

Liebe Unterstützer!

Herzlichen Dank für die Möglichkeit, bei Ihren Flugblätter auszulegen. Das hilft sehr, die Bürger und die Nachbarschaft über bestimmte Anliegen zu informieren!

Beim letzten Mal haben wir auf eine Informations-Veranstaltung zum Thema **Verschwendung von Steuergeldern** durch die Stadt Köln durch Projekte mit der Esch-Oppenheim –Bank hingewiesen. Zu der Veranstaltung (am 5. April) in der Südstadt kamen etwa 50 Leute. Am Tag darauf am 6. April, gab es in Nippes noch eine weitere Veranstaltung zum gleichen Thema, zu der etwa 40 Leute kamen.

Durch die Diskussionen am Ende der Veranstaltungen kamen noch weitere Details zu dem Thema Oppenheim zum Vorschein. **Resultate:**

- 1.) Bei allen Projekte die der Esch-Oppenheim Fond durch die Stadt Köln bekommen hat, (Köln Arena, Technisches Rathaus, Coloneum, Köln Messe und noch 8 andere) handelt es sich um

Projekte die unter dem Begriff „Privatisierung“ fallen. Also, die Stadt Köln baut nicht mehr selber, sondern ein Investor (meist Bank Esch-Oppenheim) baut auf Grund von privaten Verträgen für die Stadt Köln Gebäude. Doch dieses Verfahren führt zu einer großer Geheimniskrämerei: weder der Stadt Rat, noch das Rechnungsprüfungsamt, noch die Bürger haben dadurch einen Einblick in die Verträge. Daher brauchte es Journalisten und BürgerInitiativen die monatelang recherchieren, um in etwa ein Bild von den Verträgen und den Kosten zu bekommen!!! **Privatisierungen führen direkt zum Abbau von Demokratie!**

- 2.) Obwohl die Staatsanwaltschaft gegen OB Schramma wegen Veruntreuung von Steuergeldern ermittelt, hat es bisher noch keine **Strafanzeige gegen Esch-Oppenheim** wegen Betrugs gegeben. Die müsste von Seiten des Bürgers erfolgen. Das wird jetzt versucht.
- 3.) Das Bankhaus Oppenheim agiert auch in 20 weiteren Städten Deutschlands und hat die Schwarzgelder der CDU verwaltet.
- 4.) Das Bankhaus Oppenheim treibt die Privatisierung der Bundeswehr voran.
- 5.) Auch bei der Steuerreform aus dem Jahr 2001, (Steuerfreistellung für Konzernen bei Verkäufen), hat Oppenheim entscheidend mitgewirkt. Ihr Motto: „**Für Wenige tun wir alles!**“
- 6.) Die Privatbank Oppenheim verwaltet ca. 62 Milliarden Euro! Nur 1% davon als **Solidaritätsbeitrag** an die Kölner Bürger würden 600 Mio Euro für den Gemeindekasse bedeuten. Das Kölner Haushaltsloch wäre geschlossen!
- 7.) Oppenheim ist ein Machtfaktor nicht nur in Köln, sondern Deutschlandweit ohne groß bekannt zu sein. Sie möchten „geheimer sein als geheim“.
- 8.) „Stadtentwicklung“ ist heute lediglich eine Form der Wirtschaftsförderung für die großen Banken und Konzerne und dient meist nicht der Bevölkerung.

Es wird weitere Informations-Veranstaltungen geben.

Kontakt: Nabis e.V. c/o Ottmar Lattorf, Mannsfelder Str. 17, 50968 Köln. 0221 / 34 11 82

NaBiS, Bürger informieren Bürger
e.V.

www.nabis.de

Freunde der Raderberger
Brache laden ein zum
gemütlichen **Picknick**

Ort: Im Vorgebirgs – Park neben dem AWO-
Häuschen, Kierberger Str.2

Am: Samstag, den 17.Juni 2006, ab 16 Uhr **und**
am Samstag, den 22. Juli 2006, ab 16 Uhr

Programm:

- Norbert Kleeberg singt Volkslieder zum Akkordeon

- Was blüht denn da?

Botanischer Rundgang durch die Raderberger
Brache mit Ingrid Kaufeld

- **Gesprächs- und Zuhörerkreis.** Thema: Was die Politik
macht wissen wir! Doch was denkt der Bürger?

- **Infos** zu den aktuellen, atomaren Kriegsvorbereitungen
der USA gegen den Iran

Bringt was Gutes zum Essen und Trinken mit!

In Köln Raderberg zieht die AWO aus dem Häuschen an der Kierberger Str. 2 im Vorgebirgspark aus. Hier wäre ein optimaler und bezahlbarer Ort für ein Jugendzentrum und ein Nachbarschafts Treff für die Menschen aus Raderberg, Zollstock, Bayenthal und Südstadt. **Wir fordern die Stadt Köln dazu auf**, dieses Häuschen örtlichen Vereinen und Initiativen zur Verfügung zu stellen. Es ist sowieso ein Haus, was die Nachbarschaft seinerzeit selber gebaut hat. Es darf also nicht verkauft werden. Es muß der Bevölkerung und den örtlichen Vereinen zur Verfügung gestellt werden!

Es gibt regelmäßige Treffen. Telefon: 0221- 34 11 82. Verantwortlich: Ottmar Lattorf für Nabis, Bürger informieren Bürger e.V. Mannsfelder Str. 17, 50968 Köln, Siehe auch: www.nabis.de oder

„Wenn ihr eure Augen nicht braucht um zu sehen, werdet Ihr sie brauchen um zu weinen.“

Die Politik wird immer absurder!

AWO-Häuschen am Vorgebirgspark soll
Nachbarschafts - Treff werden!

Die Menschen brauchen offene Treffpunkte, um sich zu
beraten und sich gegen die Zumutungen der Politik zu wehren!

Unsere einzige kulturelle Tätigkeit kann sich nicht in Fernsehen erschöpfen.

Die Jugend steht auf der Straße, - ohne eigenständige Treffpunkte, ohne Möglichkeiten zur Selbstverwirklichung, ohne vernünftige Ausbildungen, ohne gut bezahlte Arbeiten, ohne geistige Inspirationen. Für die Jugendlichen hat man kein Platz und sie sollen nur aufs Konsumieren vorbereitet werden. Die Perspektiven für die Jugendlichen sind heute schlechter als jemals zuvor. **Und warum ist das so?**

Weil die öffentlichen Kassen leer sind. Die Kassen sind leer, **weil die Regierungen massive Steuererleichterungen für die Konzerne und Banken organisiert haben:** Die Einkommensteuer wurde gekürzt, die Vermögenssteuer abgeschafft,

die Gewerbesteuer gestrichen, die Spitzensteuersätze gesenkt, die Körperschaftssteuer vermindert, Steuerfreiheit bei Unternehmensverkäufen gewährt - **so verzichtete der Staat Jahr für Jahr auf Hunderte von Milliarden**

Euros. Die Reichen wurden durch die „Reformen“ gefördert, nicht die Jugendlichen! Muß das sein?

Das hat zu extrem hohen Gewinnraten bei Banken und Konzernen geführt. Und dazu, daß viele Jugendlichen auf der Straßen stehen. Muß das sein?

Gleichzeitig wurde die normale Bevölkerung durch Erwerbslosigkeit und „Reformpolitik“ (z.B. Hartz 4) immer mehr finanziell belastet und gegängelt. Es wird im sozialen Bereich gekürzt und gekürzt, ohne das ein Ende in Sicht ist. Muß das sein?

Das hat zu immer **mehr Armut und Unsicherheit in der Bevölkerung** geführt. Obwohl Deutschland doch ein reiches Land ist.

Wenn jetzt die Mehrwertsteuer erhöht wird, zeigt sich erneut, dass die neo-liberale Regierungs-Politik die Umverteilung von arm zu reich will, denn arme Menschen trifft die **Mehrwertsteuer** viel härter, als reiche.

Damit verliert diese Politik ihre Berechtigung! Denn die Regierung ist nicht nur von den Konzernen gewählt!

Doch die Massen-Medien helfen dabei, den tatsächlichen ungerechten und parteiischen Charakter der Regierungs - Politik zu verschleiern. Denn: Obwohl die Politik die

Konzerne und Banken steuerlich ständig gefördert haben, klagen sie nun darüber, daß „der Sozialstaat zu teuer“ sein soll. Doch zu teuer sind die ständigen Geldgeschenke an die Konzerne und Banken und nicht der Sozialstaat.

Muß das so bleiben? Nein!

Es ist dringend nötig dieser ungerechten, wirtschaftlich und sozial zerstörerischen Politik Widerstand entgegenzusetzen. Doch **wo** treffen sich die Menschen, die sich für die Interessen der Bürger und die Interessen der Allgemeinheit einsetzen (wollen)? Auf der Straße? Im Park?

Jede Demokratie und jede zivile Gesellschaft braucht ein - die Menschen verbindendes- Gemeinschaftsgefühl. Das kommt aber nicht über's Fernseh'n!

Ohne Zusammenhalt, ohne konkrete Treffpunkte und ohne Räumlichkeiten, in denen sich Menschen treffen und beraten können, sind wir dieser Verarmungs- und Zerstörungs-Politik ausgeliefert. Daher besteht die dringende Notwendigkeit Nachbarschafts-Treffen zu erschaffen.... in allen Stadtteilen O.L.

(Rechtliche Hilfen zu Fragen des Hartz 4
Verarmungsgesetz: www.tacheles-sozialhilfe.de)

3.) Der Buchtip: „Der Bankier - Ein ungebetener Nachruf auf Alfred Freiherr von Oppenheim“ von Werner Rügemer Nomen Verlag, 114 Seiten, 12 Euro

Der weitaus reichste und einflußreichste Bürger der Stadt Köln war der breiten Öffentlichkeit so gut wie unbekannt, obwohl er zahllose Funktionen nicht nur als Chef der Bank Oppenheim, sondern auch in der Wirtschaft, im Karneval und im Kulturbereich inne hatte. Der Nachruf entwirft das Bild einer „geachteten“ Persönlichkeit, die nach dem Motto „Wir sind diskret und, geheimer als geheim“ die größte Privatbank Europas führte, die Kommunal-, Landes- und Bundespolitik beeinflusste und im engen Zusammenwirken mit seinen vermögenden Kunden scheinbar unmerklich **an der Destruktion des Gemeinwesen mitwirkte**.

Der Text wurde ursprünglich auf Wunsch von Carl Amery für dessen Sammelband „Brief an den Reichtum“ verfaßt. Der Verlag Luchterhand nahm den Text jedoch heraus. Er wird hier erstmals veröffentlicht, ergänzt durch einen Bericht über die Trauerfeier für den Bankier im Januar 2005 im Kölner Dom, durch Gespräche am Grab des Verstobenen sowie durch Angaben zur Bankgeschichte. Dabei geht es u.a. um die bisher tabuisierte Rolle der Bank während des Nationalsozialismus und bei der geheimen Parteienfinanzierung seit Adenauer

4.) **veranstaltungen**, die interessant sein könnten....

1.)

NRhZ - Neue Rheinische Zeitung- Ein neue kritische Internet-Zeitung aus Köln stellt sich vor:
<http://www.nrhz.de>

09. Juni 06 gibt es eine Party mit Cowboys on Dope, Magic Street Voices sowie den Djanes Chantal Fletcher und Minister
danach tanzen bis in den frühen Morgen mit den DJanes Chantal Fletcher und Minister.
Ab 18 Uhr im **Friedenspark**, Oberländer Wall 1 - Kölner Südstadt
Bis 21 Uhr ist der Eintritt frei, danach 3 Euro oder 5 DM.
Ende, wenn alle gegangen sind.

Die Neue Rheinische Zeitung feiert, denn die Vorbereitungen für ein neues Medienprojekt laufen auf Hochtouren und bald wird es richtig ernst.

<http://www.nrhz.de/flyer/beitrag.php?id=1519>

2.)

Die Initiative für natürliche Wirtschaftsordnung (INWO) bietet am

10. Juni 06 ein Forum an.

NEUE WEGE ZUR DEMOKRATIE

Hat die Demokratie bereits einen befriedigenden Entwicklungsstand erreicht?

Müssen wir sie weiterdenken?

Ein Diskussionsforum für Querdenker

Samstag, 10. Juni, 10 bis 18 Uhr

Bürgerzentrum alte Feuerwache, Melchiorstr. 3

10.00 Uhr Prof. Johannes Heinrichs stellt seine Vorschläge zur Viergliederung der Demokratie dar.

13.00 Uhr Stefan Lieser erläutert die Chancen, die in der Wende in der erneuerbaren Energien liegen.

Er zeigt einen Zusammenhang zwischen Energiesteuern und Grundeinkommen.

15.00 Uhr Diskussionsforum zum Thema Grundeinkommen

- Folgen für die Gesellschaft

- Finanzierungsmöglichkeiten

3.) Konzert mit Klaus dem Geiger

Freitag, **16. Juni, 19.30 Uhr**

Ort: Galerie AHORN & K-8 e. V., Ewaldstr. 5, 50670 Köln
Eintritt: frei

4.)

Samstag, 18.06.06 Edelweißpiratenfestival im Kölner Friedenspark

Es gab sie also doch, mutige, junge Menschen, die sich dem Terror der Nazidiktatur widersetzen. Sei es durch organisierten Widerstand oder nur durch das Singen verbotener Lieder. Wie jene von Kosaken, Revolutionären und russischen Mädels, die den Nazis gar nicht gefielen. Bei den Edelweißpiraten und anderen freigeistigen, bündischen Gruppen gab es eine regelrechte ›Russland-romantik‹, der wir in diesem Jahr einen kleinen Schwerpunkt widmen wollen. Darüberhinaus wird sich im Friedenspark, rund um's ›Bau‹ wieder eine bunte Musikerschar versammeln, um mit Euch im Geiste der Edelweißpiraten zu feiern: fröhlich, mutig und weltoffen. 2006 mit dabei:
Eintritt frei, Spenden willkommen!

Veranstalter: Humba e.V., Jugendzentrum Friedenspark,
NS-Dokumentationszentrum www.edelweisspiratenfestival.de, Festival-Team c/o HUMBA
e.V., Tel.: 0221-9322211
www.nsdok.de

5.) 23. Internationale Sommerakademie auf Burg Schlaining (Burgenland in Österreich) zum Thema Gute Medien - Böser Krieg?

Medien am schmalen Grat zwischen Cheerleadern des Militärs und Friedensjournalismus

Zum Thema: Medien,

Medienzensur, Repressionen gegenüber kritischen JournalistInnen und der Zusammenhang von Quoten, Auflagen und Kriegen sind keine neuen Phänomene. Der Bereich der Medien - die auch als "vierte Gewalt" bezeichnet werden - durchlebte jedoch in der letzten Dekade vielerorts rasante technische und politische Entwicklungen, die die Berichterstattung um Krieg und Frieden veränderten. Diese Veränderungen sind an den Ausprägungen der Kriege von Vietnam - der erste in die Wohnzimmer getragene Krieg - über den Golfkrieg 1991 ("Krieg als Videospiele"), den Kosovo-Krieg 1999 bis zum "permanenten Krieg gegen den Terror", der in der Folge des 11.9.2001 zum Afghanistan-Krieg 2001 und dem noch andauernden Irak-Krieg geführt hat, zu beobachten. Die „embedded journalists“ im Irak stellen einen vorläufigen Höhepunkt der medialen Präsentation von Kriegen durch die Kriegsstrategen dar und sind eine veränderte Art von Zensur. Nicht selten wird von einem nur auf wenig Widerstand stoßenden "hijacking" der großen Medienstationen durch die US-Administration gesprochen. Das Bombardement eines Büros des arabischen Senders Al Jazeera im Zuge des Irak-Krieges ist nur ein Beispiel für den "Umgang" der politischen und militärischen Eliten mit den Medien.

Die Entwicklung vor dem Irak-Krieg 2003, nämlich die Übernahme der Behauptung der Existenz von Massenvernichtungswaffen im Irak und der irakischen Verbindungen zu Al Kaida durch vielbeachtete Medien, lassen folgende Gedanken von Karl Kraus wieder aufflammen: "Wie wird die Welt regiert und in den Krieg geführt? Diplomaten belügen Journalisten und glauben es, wenn sie's lesen."

Angesichts der von Militärs im Krieg aufbereiteten Medienberichte für die oft tausende Kilometer entfernten Redaktionen und Presseagenturen stehen seriös und hintergründig recherchierende ReporterInnen vor schwierigen Herausforderungen. Die Beschleunigung der Kommunikationsmöglichkeiten zum Echtzeitkrieg im TV und im Internet lässt journalistisches Nachfragen kaum mehr zu. Die Militärs und Public-Relations-Firmen sind zentrale Akteure bei der Lenkung und Kontrolle von Nachrichten geworden. Ein

Kriegsausbruch zum Hauptabendprogramm ist eine dramatische Realität, die die Kassen für Werbeeinnahmen klingen lässt.

Interessant erscheinen nicht nur die veränderten Rahmenbedingungen für kritischen Journalismus, sondern auch die Perspektive auf jene Konflikte, die abseits der Weltöffentlichkeit in der südlichen Hemisphäre des Globus toben. Von dieser selektiven Wahrnehmung ist die Mehrzahl der aktuellen Kriege betroffen.

Differenzierungen und neue Ansätze sind erforderlich. Angesichts der zunehmenden Medienkonzentration auf Grund nationaler und internationaler Medienkonzernfusionen kommt alternativen, an der Konfliktlösung orientierten Formen der Berichterstattung eine wichtige demokratische Rolle zu. Unterschiedliche Internetportale, freie Radios oder alternative Zeitschriften verstehen sich oftmals als Gegenmacht zu regierungsassistenten Medien. Die Vielzahl der Nischenprodukte zur Berichterstattung leisten einen wichtigen Beitrag zur Unterscheidung zwischen so genannter objektiver Kriegsberichterstattung und Friedensjournalismus.

Zum Programm:

Montag, 10. Juli 2006, 9.30 - 12.30 Uhr

Die vierte Gewalt - Vom Kriegsberichterstatte zum Brandstifter?

* Kriegsberichterstattung. Vom Telegraphen zum Echtzeitkrieg und Internet

Mira Beham (OSZE-Diplomatin, Publizistin und Journalistin)

* Sprache des Krieges, Bilder des Krieges - **Medien als Kriegstreiber**: Jugoslawien, Irak, Iran Vortrag von Heinz Loquai (Brigadegeneral a.D., Universität Köln)

20.00 Uhr

Vortrag: **Vom ‚Schurkenstaat‘ zum Kriegsziel?** Die Entwicklung des Iran-Konflikts und die Rolle der Medien von Ulrich Tilgner (Journalist, Teheran)

Dienstag, 11. Juli 2006, 9.30 - 12.30 Uhr

Die halbe Wahrheit ist eine ganze Lüge - Medien und der "permanente Krieg gegen den Terror"

* Die Medienkrieger. Strategische Manipulation durch das US-Militär

Jürgen Rose (Oberstleutnant der Bundeswehr)

* Die Schlacht der Lügen?

Kriegs- und Krisenberichterstattung zwischen Objektivität und Manipulation

Thomas Seifert (Journalist und Buchautor, Die Presse)

20.00 Uhr: Podiumsdiskussion

"Kampf der Kulturen" - medial inszeniert oder Realität?

* Omar Al-Rawi (Initiative muslimischer ÖsterreicherInnen)

* Fritz Hausjell (Kommunikationswissenschaftler, Universität Wien)

* Karin Kneissl (Journalistin, Nahostexpertin)

* Wolfgang Schober (Medienexperte, Verteidigungsministerium)

Mittwoch, 12. Juli 2006, 9.30 - 12.30 Uhr

Arabische Medien und Medienstrategien nach dem 11.9.2001

* Die Rolle der Medien seit dem 11.9.2001 im arabischen Raum

Aktham Suliman (Al Jazeera)

* Die Medien in der islamischen Welt: Von der Hofberichterstattung zum Weblog

Karin Kneissl (Journalistin, Nahostexpertin)

* Terror-Campaigning im Internet-Zeitalter:

Die Medien-Strategie der Al-Kaida und der globalen islamistischen Netzwerke

Georg Schöfbänker (Politologe, OISR Linz)

Donnerstag, 13. Juli 2006, 9.30 - 12.30 Uhr

Abseits von "Gut" und "Böse" - Medienpolitische Ansätze zur konfliktsensitiven

Berichterstattung

* Friedensjournalismus als Beitrag zur Gewaltprävention? Nadine Bilke (Journalistin, ZDF)

* Die islamischen Teufel in Teheran - Ein Fallbeispiel für die Missachtung objektiver

Berichterstattung und die Chancen friedensjournalistischer Ansätze

von Andreas Zumach (Journalist, Genf)

Freitag, 14. Juli 2006, 10.00 - 12.30 Uhr:

Die Medien und der Weg in den Irak-Krieg. Vergebene Chancen der Prävention und die

Lehren aus dem Krieg von Hans-Christoph Graf Sponeck

(ehemaliger Leiter des UN-Hilfsprogramms im Irak)

6.)

Am 14. Juli 2006 wird der Kriegsverbrecher und US-Präsident **G.W. Bush** auf Einladung von Kanzlerin Merkel nach Stralsund kommen. Es sind Demonstrationen angesagt. Es wäre gut wenn möglichst viele Menschen dort hin gehen und ihren Unwillen gegen Krieg und Betrug kund zu tun.

7.) Das nächste Europäische **Rainbow – Gathering** findet dieses Jahr in England statt.

Beginn Neumond 25. Juli 2006. Ende 23. August. Mehr unter: www.rainbowinfo.de Oder

unter: 02248/3260 Georg Goyke

Was sind Regenbogen Treffen („Rainbows“)?

Regenbogen Treffen (Rainbow Gatherings) sind Treffen von Leuten von überall her mit dem Ziel, eine Vision zu leben, die wir in unserem Herzen tragen. Die Vision, dass wir in Harmonie, unsere Ideen, Fähigkeiten, Liebe und Kraft als eine Familie des Regenbogens miteinander teilen, im Einklang mit Natur und Kosmos leben, und Heilung erfahren dürfen.

Hier können wir uns lösen von den Strukturen der Konsumgesellschaft, von Elektrizität, Autos und unserer normalen Beziehung zu Geld.

Miteinander und füreinander zu arbeiten ist eine Voraussetzung dafür.

Wir kochen in gemeinsamen Küchen. Wenn das Essen fertig ist, bilden wir einen Kreis, singen, und das Essen wird im Kreis ausgeteilt. Nach dem Essen kommt der Wunderhut ("magic hat"), in dem wir unser Geld sammeln. Der Wunderhut ist unsere einzige Geldquelle um unser Essen und andere Ausgaben zu bezahlen. Tagsüber gibt es Workshops, Redekreise, Meditationen, akustische Musik, Tanz, und alles Mögliche, womit wir uns beschenken können und wollen.

Der Redekreis ist ein Geschenk der alten Stammeskulturen. Wir sprechen von Herz zu Herz, frei von Urteil, frei von Vergleich und frei von Angst vor Strafe. Der Redestab wird im Kreis herumgereicht, nur wer den Stab hält spricht, alle anderen hören zu - in Respekt und möglichst liebevoller Aufmerksamkeit.

Am Ende eines Treffens kommen wir so zusammen und teilen uns unsere Vorstellungen und Visionen über die Zukunft der Treffen mit, auch wo wir uns wiedersehen.

Das Rainbow ist genau das, was wir daraus machen. Es gibt keine klare Aufteilung in Veranstalter und Teilnehmer, denn alle sind mitverantwortlich für das Gelingen ! Wer sich einbringt gestaltet mit. Nur was wir selber mitbringen ist da ! Das gilt für unsere Liebe, Ideen, Initiativen, die Materialien, die wir brauchen, die Fähigkeiten, die wir in Workshops weitergeben und für die Energie, Klos zu graben, Essen zu kochen und zu organisieren. Wenige, einfache und lebenserhaltende "Regeln", ermöglichen diese einzigartige Atmosphäre der Regenbogentreffen und unterscheiden sie von "Festivals".

Alle Wesen mit dem Wunsch im Herzen, auf diesen Grundlagen zusammenzuleben zu wollen, sind herzlich willkommen!

Respektiere die einfachen Prinzipien des "Redekreises" und des "Wunderhutes".

Das Treffen ist absolut unkommerziell und frei vom Handel mit Geld.

Gib soviel Geld in den Wunderhut wie du kannst, und genieße die einzigartige Chance frei von dem Druck zu sein, Geld verdienen oder auszugeben zu müssen.

Gebrauche aus Respekt vor Mutter Erde **keine Seife** im Fluss oder in der Nähe der Quelle, und benutze aus Respekt vor der Gesundheit der Familie die Kompostklos und wasche danach (und auch vor dem Kochen) deine Hände mit Asche.

Hunde bitte nicht mitbringen, da sie sich schnell zu einem großen hygienischen und atmosphärischem Problem entwickeln. Nimm nachts Rücksicht auf die Schlafenden.

BRING KEINE DROGEN (AUCH KEINEN ALKOHOL) MIT !

Lass auch Kassettenrekorder und andere elektrische Geräte zu Hause. Wenn du mit einem Auto kommst, bring viele Sachen und liebe Leute mit, lass das Auto auf dem Parkplatz und lauf den restlichen Weg zum Platz des Treffens.

Hier können wir miteinander und füreinander in Frieden leben !

TEILE DEINE VISION – LEBE DEINEN TRAUM

5. Öko-Neuigkeiten:

1. Flugbenzin bleibt steuerfrei

Die Deutsche Bahn scheiterte mit einer Klage, mit der sie die steuerliche Gleichbehandlung von Bahn- und Fluggesellschaften erzwingen wollte. Es sei nicht zu beanstanden, dass Flug- und Bahngesellschaften unterschiedlich behandelt würden.

http://www.greenpeace-magazin.de/magazin/tagesthemen/tt_list.php?p=52263&more=1

2. Afrika verliert jährlich vier Millionen Hektar Wald

Pro Tag entspricht das etwa 11.000 ha, die Fläche von 15.000 Fußballplätzen. Damit ist Afrika nach Südamerika der Kontinent mit dem zweitgrößten Rückgang seiner Wälder. Grund für die Abholzung ist vorwiegend die Umwandlung von Wäldern in landwirtschaftliche Nutzflächen.

http://www.greenpeace-magazin.de/magazin/tagesthemen/tt_list.php?p=51761&more=1

3. Laufzeitverlängerung von Atomkraftwerken

In erster Linie sind es wirtschaftliche Erwägungen. Mit der Abschaltung der alten Meiler entginge der Atomwirtschaft ein Milliardengeschäft. Die Weiternutzung der bestehenden Anlagen und Infrastrukturen hingegen ist höchst profitabel. Doch in die öffentliche Diskussion werden andere Argumente eingebracht.

http://www.oeko.de/newsaktuell_frame.php?seite=mitte_newsaktuell.htm;02

4. Viel mehr «Tschernobyl-Tote» als angenommen

Neue Studien kommen für Weißrussland, Ukraine und Russland alleine auf 270.000 zusätzliche Krebserkrankungen, von denen voraussichtlich 93.000 tödlich enden werden.

http://www.greenpeace-magazin.de/magazin/tagesthemen/tt_list.php?p=53205&more=1

5. McDonald's mit verantwortlich für Urwaldzerstörung

Für den Anbau von Soja zur Fütterung von Rindern, Schweinen und Hühnern werden in den Regenwäldern am Amazonas riesige Flächen abgefackelt. Die Brandrodung gefährdet das Weltklima und vernichtet den Lebensraum der indigenen Völker, der Pflanzen und Tiere in

den brasilianischen Bundesstaaten. Schon im Jahr 2000 ging es darum, dass die Hühner mit Gen-Soja gefüttert wurden. www.greenpeace.de

6.) Eon muss Gasnetz an Kommune zurückgeben

Stadt Ahrensburg setzt vor Gericht den Erwerb der Leitungen für 11, 5 Millionen Euro durch. Die Stadt Ahrensburg nimmt die Gasversorgung selbst in die Hand. Das soll Geld für den Stadtsäckel und günstigere Tarife für die Bürger bringen.

(Quelle: FR vom 14. Mai 2006)

7. Maßnahmen zur Reduzierung von CO 2 die jeder durchführen kann.

Jeder deutsche Haushalt erzeugt im Durchschnitt 13 Tonnen CO2 pro Jahr; in den USA sind es rund 20 Tonnen. Ein CO2-Rechner kann über das Internet Tipps geben für weniger Treibhausgas-Produktion durch unseren Konsum. Konsumieren sie bewußter! Außerdem erhalten Sie die Möglichkeit, Ihren jährlichen Kohlendioxid-Ausstoß zu berechnen.

<http://www.co2-fussabdruck.de>

Es gibt viele praktische Maßnahmen, die wir alle ergreifen können, um die Treibhausgasemissionen zu senken. Mit vielen solcher Maßnahmen lässt sich auch Geld sparen. Fangen Sie damit an, zu überlegen, was Sie in Ihrem Wohnbereich, bei der Nutzung von Verkehrsmitteln und beim Einkaufen anders machen können. Mit dem CO2-Rechner können Sie feststellen, wie diese Maßnahmen Ihren persönlichen CO2-Fußabdruck reduzieren können.

Zu Hause, Energiesparlampen

Energiesparlampen kommen bei gleicher Lichterzeugung mit weniger als einem Viertel der Energie aus als herkömmliche Glühbirnen. Laut Berechnungen der US-Energiebehörde könnten allein durch den Umstieg auf Energiesparlampen in den USA jährlich ca. 400 Mio. Tonnen an CO2-Emissionen vermieden werden.

Weniger heiße Luft

Zu Hause wird die meiste Energie für Heizung und Klimaanlage benötigt. Man kann nicht nur Geld sparen, sondern auch die CO2-Emissionen um mehr als 10 % senken, wenn man Überhitzung vermeidet, undichte Stellen abdichtet und die natürliche Luftzirkulation effizienter benutzt.

Ausschalten!

Lassen Sie Ihre Fernsehgeräte, Telefon-Ladegeräte o.ä. nicht auf Standby. Schalten Sie das Licht aus, wenn es nicht benötigt wird.

Laut neuesten Zahlen der Energieagentur Schleswig Holstein (Februar 2006) spart ein Vier-Personen-Haushalt beim Verzicht auf Standby 75 bis 100 Euro, ein Einzelhaushalt 30 bis 40 Euro pro Jahr. Standby verursacht 4,5 % des bundesweiten Stromverbrauchs – das entspricht großenteils vermeidbaren Stromkosten in Höhe von 2,5 Mrd. Euro, so die Energiestiftung weiter.

Auch das Bundesministerium für Umwelt, Naturschutz und Reaktorsicherheit (BMU) appelliert an die Bürger, den Stecker zu ziehen. In einem Telefon-Interview vom 5. Januar 2006 im Deutschlandfunk (Quelle:

http://www.dradio.de/dlf/sendungen/interview_dlf/454928/) sagte Bundesumweltminister Sigmar Gabriel, wenn dies deutschlandweit geschehen würde, dann könnten zwei Kernkraftwerke abgeschaltet werden.

Energiesparen in der Küche

Werden Sie auch in der Küche energiebewusst. Achten Sie darauf, dass Sie nicht unnötig viel Wasser in Töpfen und Wasserkochern erhitzen. Benutzen Sie die Kochplatte mit der richtigen Größe für den Topf. Lassen Sie den Kühlschrank regelmäßig abtauen.

Recycling

Durch Recycling lassen sich die CO₂-Emissionen ebenfalls reduzieren, denn es müssen weniger neue Rohstoffe gewonnen und verarbeitet werden. Wenn man beispielsweise ein Kilogramm Aluminium recycelt, können dadurch bis zu 11 Kilogramm CO₂-Emissionen eingespart werden. Das Recycling von organischen Materialien wie z.B. Papier und Karton trägt zur Vermeidung von Methanemissionen (einem besonders schädlichen Treibhausgas) aus Mülldeponien bei.

Effiziente Elektro- und Elektronikgeräte

Wenn Sie eine Spülmaschine, einen Fernseher oder irgendein anderes Gerät kaufen, entscheiden Sie sich für ein besonders energieeffizientes Modell. Bei elektrischen Haushaltsgrößgeräten wählen Sie möglichst ein Gerät, das als A/A+ eingestuft ist.

Erneuerbare Energien

Mit den neuen Technologien zur Nutzung erneuerbarer Energien können die freigesetzten CO₂-Emissionen drastisch gesenkt werden. Mit Solarenergie lässt sich sowohl Wasser erhitzen als auch Strom erzeugen. In mehreren europäischen Ländern werden zunehmend Heizsysteme auf Biomasse-Basis verwendet. Es kommen zunehmend Windturbinen im Kleinformat auf den Markt, mit denen man Strom für den Haushalt erzeugen kann.
nach oben

Wenn Sie Lebensmittel aus Ihrer Gegend kaufen, tragen Sie durch die kürzeren Transportwege zu einer Reduzierung der CO₂-Emissionen bei. Einem Bericht des Umweltbundesamtes (UBA) zufolge sind etwa 11 % aller Emissionen im Straßenverkehr auf Lebensmitteltransporte zurückzuführen – Tendenz steigend.

Saisonal ist sinnvoll

Wenn Sie Ihr Obst und Gemüse nicht nur aus der Gegend, sondern auch saisonal einkaufen, können Sie so dazu beitragen, dass weniger Lebensmittel unter energieintensiven Gewächshausbedingungen gezüchtet werden, die für nicht saisonale Erzeugnisse erforderlich sind.

Verpackung: weniger ist mehr

Greifen Sie bevorzugt zu Ware mit weniger Verpackung. Weniger Verpackung heißt nämlich, dass weniger Energie zur Herstellung der Verpackung benötigt wurde und dass auch bei Ihnen zu Hause weniger Abfall anfällt.

Recycling macht Sinn

In vielen Fällen ist die Herstellung von Produkten aus Recycling-Material im Vergleich zu herkömmlichen Produktionsverfahren weniger energieintensiv. Beispielsweise wird für die Herstellung von Produkten aus Stahlschrott fast 75 % weniger Energie benötigt als für die Produktion mit neuem Stahl.

8. Zukunft Erde?

Jeden Tag rotten wir über 100 Tier- und Pflanzenarten aus. Jeden Tag produzieren wir 30.000 Hektar Wüste zusätzlich. Jeden Tag vernichten wir 86 Millionen Tonnen fruchtbaren Boden durch Erosion. Jeden Tag werden wir eine Viertelmillion Menschen mehr. Jeden Tag produzieren wir 100 Millionen Tonnen Treibhausgase durch das Verbrennen von Kohle, Gas und Öl. Und jeden Tag verhungern 26.000 Menschen, obwohl die Erde doppelt so viele

Menschen ernähren könnte wie wir heute sind.

<http://www.sonnenseite.com/index.php?pageID=17&article:oid=a5281>

9. Tschernobyl ist überall: Grundwasser in der Normandie (La Hague) radioaktiv verseucht

Die Wasserproben im Bereich der Wiederaufarbeitungsanlage in La Hague (Wiederaufbereitungsanlage, die auch als Atommüllzwischenlager benutzt wird, auch von Betreibern deutscher Atommeiler) weisen Tritiumwerte von 750 Becquerel pro Liter auf und übersteigen damit die europäischen Grenzwerte um mehr als das Siebenfache. Die Radioaktivität breitet sich nicht beherrschbar aus. Das Wasser wird von den Bauern zum Tränken ihrer Tiere benutzt. In Deutschland versucht die Atomindustrie der Bevölkerung zu vermitteln, dass man Atommüll sicher in Gorleben und im Schacht Konrad lagern kann.
www.greenpeace.de

10. Satte Gewinne durch Gesetzesbruch

Die Gewinne der vier großen Energiekonzerne sind nicht nur exorbitant, sondern steigen Jahr für Jahr kräftig. Beim Gesamtgewinn konnte E.ON 2005 sogar eine Steigerung von 71 % (!) erzielen.

Nach Auffassung des Bundes der Energieverbraucher sind diese Gewinne das Ergebnis fortdauernder Gesetzesbrüche. Das Energiewirtschaftsgesetz schreibt in § 1 eine möglichst preisgünstige Versorgung vor. Deshalb sind die Kartellbehörden gefordert. Machen Sie Rückforderungsansprüche geltend und setzen diese gerichtlich durch.

http://www.energieverbraucher.de/index.php?itid=1094&content_news_detail=5174&back_content_id=4044

11.) Bundesregierung stiftet 125 000 Hektar Naturschutzflächen

Berlin (dpa) - Die Bundesregierung will 125 000 Hektar bundeseigener Liegenschaften dauerhaft für den Naturschutz zur Verfügung stellen. Dies entspreche der Fläche von zehn Nationalparks, teilten die Ministerien für Umwelt und Finanzen am Sonntag in Berlin mit. 100 000 Hektar sollen voraussichtlich schon Mitte Juni den Ländern und der Deutschen Bundesstiftung Umwelt zur unentgeltlichen Übernahme angeboten werden. Sie enthalten auch das «Grüne Band» - die früheren Grenzstreifen zwischen den beiden deutschen Staaten. Die große Koalition hatte die Übertragung der Liegenschaften als Beitrag des Bundes zur Sicherung des nationalen Naturerbes grundsätzlich vereinbart. Zu den Liegenschaften gehören auch ehemals militärische Flächen, frühere Bergbaustätten und Bundesforsten.

aus: http://www.greenpeace-magazin.de/magazin/tagesthemen/tt_list.php?p=54860&more=1

12. Bundesregierung will weniger Beton in der Landschaft

Derzeit wird pro Tag die Fläche von 125 Fußballfeldern durch Bauten verbraucht. Bis 2020 soll der Verbrauch auf 30 Hektar pro Tag sinken. Nötig ist eine Reform von Gewerbe- und Grundsteuer. Die Abschaffung der Eigenheimzulage ist ein erster Schritt.

http://www.greenpeace-magazin.de/magazin/tagesthemen/tt_list.php?p=54727&more=1

Donnerstag, 18. Mai 06

Bundesregierung will weniger Beton in der Landschaft

Berlin (dpa) - Die Bundesregierung will gemeinsam mit 15 Umweltverbänden verhindern, dass immer mehr Landschaft zubetoniert wird. Derzeit werde pro Tag die Fläche von 125 Fußballfeldern durch Bauten verbraucht - mehr als 100 Hektar pro Tag, sagte die Parlamentarische Umweltstaatssekretärin Astrid Klug (SPD) am vergangenen Donnerstag in Berlin. Bis 2020 solle der Verbrauch auf 30 Hektar pro Tag sinken. Nötig sei eine Reform von Gewerbe- und Grundsteuer, um Fehlanreize abzubauen. Die Abschaffung der Eigenheimzulage sei ein erster Schritt.

Zum 100-jährigen Jubiläum des Naturschutzes legten Umwelt- und Naturschutzverbände ein Positionspapier mit Vorschlägen vor, wie die Betonierung der Natur vermieden werden kann. Zu den beteiligten Verbänden gehören der Bund für Umwelt und Naturschutz (BUND), der Naturschutzbund NABU, die Stiftung Europäisches Naturerbe sowie die Schutzgemeinschaft Deutscher Wald.

13. Die Macht der Gentechnik-Konzerne

1998 verklagte der Gentechnik-Konzern Monsanto einen kanadischen Bauer, gentechnisch verändertes patentiertes Raps-Saatgut widerrechtlich angebaut zu haben: Die konventionellen und die Bio-Felder seiner Frau waren von genverändertem Saatgut verunreinigt. Zwei Gerichte verurteilten ihn zu einem Schadensersatz von 100.000 Euro. Erst das oberste kanadische Bundesgericht sprach ihn von Schadensersatzforderungen an den Konzern frei. Doch gleichzeitig befand das Gericht, dass Monsanto grundsätzlich im Recht ist und Patentansprüche des Konzerns auch für kontaminierte Äcker gelten.

<http://www.sonnenseite.com/index.php?pageID=16&article:oid=a5162>

14. Höchster Pestizideinsatz für konventionelle Bananen

Rund 50 Kilogramm Pestizide jährlich pro Hektar werden in konventionellen Bananenplantagen gespritzt. Damit sind solche Bananen Pestizid-Weltmeister. Nur biologisch erzeugte und fair gehandelte Bananen sind eine ökologische und sozial verträgliche Alternative. Auf einem heimischen Kartoffelacker werden nur etwa 4,5 Kilogramm Pestizide pro Jahr und Hektar ausgebracht, also weniger als ein Zehntel wie auf Bananenplantagen.

http://www.oekonews.at/index.php?mdoc_id=1014715

15. Pestizid- Rekordwerte in Obst und Gemüse

Die Pestizidbelastung pflanzlicher Lebensmittel, die in der Europäischen Union verzehrt werden, ist im Jahr 2004 auf einen Rekordwert angestiegen. 47 Prozent der Obst- und Gemüseproben waren mit Pestiziden belastet. Viele der in Erdbeeren, Paprika oder Salat nachgewiesenen Pestizide sind krebserregend, nervenschädigend, können das Fortpflanzungsvermögen, das Hormon- und Immunsystem beeinträchtigen. Doch während Chemieindustrie und Landwirte immer mehr Gifte auf Äckern und Obstplantagen spritzen, greifen weder EU-Kommission noch die Verbraucher- und Landwirtschaftsminister der Länder ein. www.greenpeace.de

16. Stromspar-Tipps für Computer & Co.

Kosten um fast 200 Euro pro Jahr senken. Das Computermagazin PC-WELT verrät in ihrer Ausgabe 6/2006 die besten Stromspar-Tipps für das Büro. http://anbieterwechsel.strommagazin.de/news/news_weiter_lesen_16993.html

17. Die Antwort der Regierungen auf die Vogelgrippe

«Wir leben in Armut ohne sanitäre Anlagen, und niemand interessiert sich für unsere Not. Plötzlich treiben sich Fernsehleute, Zeitungsleute und Ärzte mit Gesichtsmasken in unseren schmutzigen Strassen herum und sammeln Daten für die Statistik. Unser Geflügel ist unsere einzige Einnahmequelle, und nun haben sie uns das auch zerstört. Verstehen sie das unter Staatsführung?»

Genesh Sonar, Kleinbauer, Navapur, Maharashtra, Indien
Beispiel Ägypten

6.) 5 Artikel zu den Hartz 4 – Verschärfung:

6.1.) Die Arbeiterwohlfahrt(AWO) für Verschärfung von Hartz 4 und erübrigt sich selber.

„Nachdem die CDU und CSU Mitte Mai 2006 ihre **Vorschläge zur Absenkung der Leistungen** nach den »Hartz IV«-Gesetzen formuliert hatten, gab es von ganz unerwarteter Seite Beifall. Gleich drei prominente Wohlfahrts- und Sozialverbände, die Arbeiterwohlfahrt (AWO), das Diakonische Werk (DW) und das Deutsche Rote Kreuz (DRK), haben das Vorhaben ausdrücklich unterstützt. Begründet wird diese Perfidie, von der sich der Deutsche Paritätische Wohlfahrtsverband entschieden distanzierte, mit der Gefährdung kommunaler Kinder- und Jugendprojekte durch die enormen Kosten beim ALG II. Doch wirklich überraschend kommt die asoziale Attacke dieser »sozialen« Organisationen nicht. Längst gehören sie in vielen Städten und Regionen zu den wichtigsten Trägern bei der Einrichtung von Ein-Euro-Jobs und füllen sich die Vereins- oder Verbandskassen mit den »Regiekosten« von bis zu 500 Euro pro Billigjobber und Monat. Zum Dank verzichten sie darauf, die Verursacher der Massenarmut beim Namen zu nennen oder ihnen gar offensiv entgegenzutreten.

Die programmatisch den Idealen der Arbeiterbewegung (AWO) bzw. der christlichen Soziallehre (DW) verpflichteten Verbände sind feste Bestandteile eines parasitären Systems der Armutsverwaltung geworden. Sie sollen die Suppenküchen und Kleiderkammern für die immer größer werdende Schar durch staatlichen Sozialterror marginalisierter Menschen organisieren. Zum Dank werden die Führungsetagen dieser Organisationen, die auch als Endlager für verbrannte Politiker benötigt werden, üppig alimentiert....“

Aus: www.jungewelt.de, vom 19.05.2006. original Titel: „AWO, DW und DRK für Sozialabbau. Armutsparasiten“ von Rainer Balcerowiak

Wie die Bundestagsfraktion Die Linke vor gut einer Woche auf Nachfrage im Bundestag in Erfahrung brachte, sind die Ausgaben für erwerbsfähige Hilfsbedürftige 2005, also im Jahr eins der Umstellung auf Hartz IV, kaum gestiegen.

6.2.) Keine Kostenexplosion bei Hartz 4

Schwarzmalerei in Aktion

Die unterstellte »Kostenexplosion« von Hartz IV hält der Statistik nicht stand. Die Milliardenüberschüsse der Bundesagentur sind dagegen real

Von Ralf Wurzbacher aus : www.jungewelt.de vom 24.05.06

Fast täglich sorgen die Medien mit neuen Rechenexempeln zu vermeintlich »aus dem Ruder laufenden« Mehrausgaben im Sozialbereich für Schlagzeilen und Quote. Und mit fast jedem Tag wird die Liste der sozialen »Zumutungen« zur Eindämmung der »Schmarotzermentalität« der Bedürftigen um einen Vorschlag länger. Eine Überprüfung des dargebotenen Zahlenmaterials offenbart indes: Die vielbeschworene »Kostenexplosion« durch Hartz IV entbehrt jeder statistischen Grundlage. Tatsächlich sind die Kosten nach Umstellung auf die neue Gesetzeslage vor eineinhalb Jahren allenfalls geringfügig angestiegen. Zugleich bleibt in der Diskussion weitgehend ausgeblendet, daß die Ausgaben der Bundesagentur für Arbeit (BA) für das Arbeitslosengeld I (ALG I) im selben Zeitraum drastisch zurückgegangen – in der Sprache der Journaille – also geradezu »implodiert« sind.

Geringer Anstieg

Von einer »Kostenexplosion« dürfte wahrheitsgemäß nur dann die Rede sein, wenn die aktuellen Ausgaben die der Vergangenheit deutlich übersteigen und dieser Anstieg dazu auch noch sprunghaft erfolgt wäre. Nichts davon ist der Fall. Wie die Bundestagsfraktion Die Linke vor gut einer Woche auf Nachfrage im Bundestag in Erfahrung brachte, sind die Ausgaben für erwerbsfähige Hilfsbedürftige 2005, also im Jahr eins der Umstellung auf Hartz IV, kaum gestiegen. **Schwarz auf weiß steht dies in einem Bericht des parlamentarischen Staatssekretärs im Ministerium für Arbeit und Soziales, Gerd Andres (SPD):** Danach wären die Kosten auch ohne Zusammenlegung von Arbeitslosen- und Sozialhilfe etwa genauso stark angewachsen – den Berechnungen zufolge auf 43,5 Milliarden Euro. Tatsächlich umfaßten die staatlichen Mittel für Arbeitslosengeld II und Unterkunft im vergangenen Jahr 44,4 Milliarden Euro. Der geringe Anstieg ist zudem auf die um 1,4 Milliarden Euro höheren Rentenbeiträge zurückzuführen. Katja Kipping, sozialpolitische Sprecherin der Linksfraktion, kommentierte: **»Die unterstellte Kostenexplosion ist nichts weiter als ein Hirngespinnst« und eine weitere Medienkampagne.**

Obgleich man sich im Bundesarbeitsministerium der Diskrepanz zwischen realer Datenlage und medialer Verzerrung also vollauf bewußt ist, trägt Ressortchef Franz Müntefering (SPD) nur wenig bis gar nichts zur verbalen Abrüstung bei. Im Gegenteil: »Wer nicht arbeitet, soll auch nicht essen«, entfuhr es ihm erst neulich in der Diskussion um die von ihm auf den Weg gebrachten Verschärfungen für ALG-II-Bezieher im Rahmen des sogenannten »Optimierungsgesetzes«. Diese werden ausdrücklich mit den »Kosten der Arbeitsmarktreform« gerechtfertigt, die die »Schätzungen der Politiker bei weitem übertreffen«, wie die Netzeitung am 9. Mai berichtete.

Immerhin kommt man der Wahrheit mit dem Begriff »Schätzungen« ein Stück näher. Im Bundeshauhalt 2006 sind Kosten in Höhe von 24,4 Milliarden Euro für das ALG II veranschlagt, im zurückliegenden Jahr wurden laut Bundesfinanzministerium dagegen 25 Milliarden Euro ausgegeben. Die Lücke von 600 Millionen Euro deutet also bereits auf eine im Vergleich zum Vorjahr optimistischere Prognose hinsichtlich der Entwicklung auf dem Arbeitsmarkt oder eines wie auch immer herbeigeführten Rückgangs der Anspruchsberechtigten hin. Die Lücke fiel sogar noch größer aus, wäre ein Teil der Zahlungen, rund 300 Millionen Euro, für das Jahr 2005 nicht aus »verwaltungstechnischen« Gründen erst im Januar 2006 gebucht worden. Faktisch betragen die ALG-II-Ausgaben im Vorjahr also 25,3 Milliarden Euro. Was folgt daraus? Grundlage des Haushaltsansatzes waren nicht die Erfahrungswerte aus dem Jahresverlauf 2005, sondern schlicht Wunschdenken.

Wovon öffentlich dagegen so gut wie nichts zu hören ist, sind die monatlich wachsenden Überschüsse der BA aufgrund deutlich rückläufiger Ausgaben für das ALG I. Wie junge Welt schon am 25. April berichtet hatte, saniert sich die BA offenbar zu Lasten der wachsenden Zahl von Arbeitsuchenden, die auf ALG II angewiesen sind.

6.3.) Ab zum Arbeitsdienst

Mit militärischem Drill gegen die Massenarbeitslosigkeit

Jörn Boewe Aus der Tageszeitung www.jungewelt.de
01.06.2006 /

Wer dreimal Spargelstechen oder Hundekoteinsammeln verweigert, kriegt künftig keinen Cent Arbeitslosengeld mehr. Wer Gemeinde oder Landkreis verläßt, ohne sich bei seinem »Arbeitsvermittler« abzumelden, verliert all seine Ansprüche. Die Daumenschrauben werden stufenweise angezogen: Bei der zweiten »Pflichtverletzung« werden die Bezüge auf ein Drittel

gekürzt, bei der dritten komplett gestrichen. Diese Bestimmungen stammen weder aus einer Dienstvorschrift des großdeutschen Reichsarbeitsdienstes noch aus George Orwells »1984«. Sie werden heute vom Deutschen Bundestag beschlossen und stehen im Entwurf zum »Gesetz zur Fortentwicklung der Grundsicherung für Arbeitsuchende«.

Dort stehen sie allerdings erst seit Dienstag abend. Ohne großes Aufsehen, nach der Hauptnachrichtenzeit und zwei Tage vor der entscheidenden Abstimmung im Parlament brachten die Fraktionen von Union und SPD die entsprechenden Änderungsanträge in den zuständigen Bundestagsausschuß für Arbeit und Soziales ein. Die Abgeordneten der Linksfraktion verließen den Ausschuß unter Protest. Ihr Antrag, die Änderungsvorschläge der Koalitionsfraktionen von der Tagesordnung zu streichen, waren erwartungsgemäß niedergestimmt worden.

Immerhin: Den Abgeordneten der Linken ist es zu verdanken, daß die drastischen Verschärfungen im Gesetzentwurf überhaupt an die Öffentlichkeit gedrungen sind. Der Ausschuß beschloß die Sache in nichtöffentlicher Sitzung.

Bereits im ursprünglichen Gesetzentwurf war vorgesehen, die Kontrollen von Empfängern von Arbeitslosengeld II zu verschärfen. So sollen Außendienste eingeführt werden, die möglichen Leistungsmißbrauch aufdecken. Künftig werden alle Personen, die länger als ein Jahr zusammenwohnen, als sogenannte Bedarfsgemeinschaft eingestuft werden.

Der stellvertretende Vorsitzende der Linksfraktion, Klaus Ernst, warf der Regierung einen »Putsch gegen Arbeitslose« vor. ALG-II-Empfänger, die sich unbotmäßig verhielten, würden in die Obdachlosigkeit gedrängt. »Die Sozialdemokraten sind entgegen ihren vollmundigen Ankündigungen, keine weiteren Kürzungen an Hartz IV zuzulassen, vor der CSU eingeknickt und halten nun das Hungertuch im Obdachlosenasyll für diejenigen bereit, die sich ohne Erlaubnis von ihrem Wohnort entfernen«, sagte Ernst. In bezug auf die sogenannte »Residenzpflicht« fügte er hinzu: »Fehlt nur noch die elektronische Fußfessel.«

6. 4.) Hartz IV soll verschärft werden: Tabubruch

Von Rainer Balcerowiak am 1.06.2006 www.jungewelt.de

Buchstäblich in einer Nacht- und Nebelaktion hat die Regierungskoalition am Mittwoch bei den geplanten »Optimierungen« der Hartz-IV-Gesetze noch einmal nachgelegt. Der Arbeits- und Sozialausschuß des Bundestages verabschiedete mit den Stimmen von CDU/CSU und SPD einen Entwurf, der die schlimmsten Befürchtungen vieler Hartz-IV-Kritiker noch weit übertrifft. Völlig ungeschminkt wird dabei das Ziel formuliert, die Kosten für den Unterhalt von Langzeiterwerbslosen dadurch zu senken, indem man einen beträchtlichen Teil von ihnen in die Obdachlosigkeit befördert. **Die Verweigerung von Zwangsarbeit, ja selbst die unangemeldete Abwesenheit vom Wohnort soll künftig im Wiederholungsfall zwingend zur Streichung sämtlicher Grundleistungen führen.** Selbst bei Unterhaltspflicht für minderjährige Kinder soll es in diesem Fall nur noch Sachleistungen für die Familie geben. Bereits vorher bekannt waren andere »Optimierungen« wie die Umkehr der Beweislast bei der Feststellung von Bedarfsgemeinschaften und der Ausschluß von jungen erwerbslosen Erwachsenen unter 25 Jahren von Mietzuschüssen.

Da sich die große Koalition offenbar in einer Art Machtrausch befindet und glaubt, keinerlei ernsthafte gesellschaftliche Opposition fürchten zu müssen, ist davon auszugehen, daß nach der Verabschiedung des Pakets am heutigen Donnerstag bereits die nächsten Schritte vorbereitet werden. Im Visier sind dabei die Übergangsgelder für Bezieher von Arbeitslosengeld I, das bisher von der Anrechnung freigestellte Vermögen und die Zuverdienstmöglichkeiten. Dies alles seien »Fehlanreize«, die die Langzeiterwerbslosen von

der Arbeitsaufnahme abhielten, heißt es aus Unions- und SPD-Kreisen. Unionsfraktionschef Volker Kauder (CDU) schlug am Mittwoch bereits »Null-Euro-Jobs« zur Abarbeitung der Grundsicherung vor.

Die massive Drohung mit Aushungerung und Obdachlosigkeit ist zweifellos ein Tabubruch, der das Verfassungsgebot von der Gewährleistung menschenwürdiger Lebensumstände komplett negiert. Was bisher – fast schon verharmlosend – noch als Sozialabbau beschrieben werden konnte, erreicht jetzt die Stufe des offenen Terrors gegen die Armen der Gesellschaft.

6.5.) Verschärfung von Hartz 4: Das Ende jeder Scham

Von Peter Wolter am 02.06.2006, www.jungewelt.de

Argumente zählen nicht, Menschenschicksale sind gleichgültig: Unbeeindruckt davon, daß zwei Drittel der Bevölkerung die Hartz-IV-Gesetze ablehnen, hat sich die sozialdemokratisch und christlich nennende Bundestagsmehrheit am Donnerstag für die bislang schlimmsten Verschärfungen für Arbeitslose ausgesprochen. Energischer Widerspruch kam lediglich von der Linksfraktion.

Wer keinen Job findet, weil die Bundesregierung unfähig ist, Arbeitsplätze zu schaffen, kann künftig noch schneller ganz unten landen als bisher. Bezieher von Arbeitslosengeld (ALG) II, die dreimal im Jahr einen Job ablehnen, dürfen demnächst unter der Brücke schlafen: Ihr »Arbeitsberater« kann ihnen alles streichen, auch die Mietzahlung. Noch härter trifft es Erwachsene bis 25 Jahre. Ihnen wird diese schon bei der zweiten Jobablehnung ohne Vorwarnung gestrichen.

Außerdem wird von den für ALG-II-Bezieher zuständigen Arbeitsgemeinschaften oder den jeweiligen Gemeinden ein »Außendienst« genanntes Spitzelsystem eingerichtet. Nach dem Gesetzestext geht es vor allem darum, »Sachverhalte« zu überprüfen, die nicht allein aufgrund der Aktenlage beurteilt werden können. Ein »Sachverhalt« kann z. B. die zweite Zahnbürste im Badezimmer sein – könnte sie doch Hinweis darauf sein, daß der jeweilige ALG-II-Bezieher mit jemandem zusammenlebt, der möglicherweise Geld verdient.

Die wohl größte Zumutung ist eine Art Anwesenheitspflicht für Erwerbslose. Sie dürfen sich nicht ohne Abmeldung von ihrem Wohnort entfernen – ansonsten werden die staatlichen Leistungen gekürzt. Kosten für Heizung und Licht werden nicht mehr als Teil der Unterkunftskosten erstattet – sie müssen aus dem Regelsatz von 345 Euro bezahlt werden. Außerdem will der Bund für ALG-II-Empfänger künftig nur noch 40 statt wie bisher 78 Euro an die Rentenversicherung überweisen.

Kritik an diesem Horrorkatalog tat der arbeitsmarktpolitische Sprecher der SPD-Fraktion, Klaus Brandner, in der Bundestagsdebatte als »Stammtischpolitik niederster Güte« ab.

»Wir reden hier über den größten sozialpolitischen Kahlschlag der Nachkriegsgeschichte, der gegen die Mehrheit der Bevölkerung in Szene und ins Werk gesetzt worden ist«, sagte der Vorsitzende der Linksfraktion, Oskar Lafontaine. Nach gut einem Jahr könne man sagen, daß die Hartz-IV-Gesetze alle Ziele verfehlt haben, auch das Versprechen, daß damit zwei Millionen Arbeitsplätze entstehen sollen. Lafontaine kritisierte vor allem die »brutale Enteignung« der Älteren. Ein 53 Jahre alter Durchschnittsverdiener habe im Laufe seines

Arbeitslebens 60 000 Euro in die Arbeitslosenkassen eingezahlt – er bekomme im Falle des Jobverlusts jedoch nur ein Sechstel davon ausbezahlt. Das sei »eine einzige sozialpolitische Sauerei«.

Der rechtspolitische Sprecher der Linksfraktion, Wolfgang Neskovic, kritisierte in einer Erklärung die Art und Weise, wie die Koalition die jüngsten Verschärfungen in die Gesetzgebung eingeführt hat. Die Änderungsanträge seien »quasi über Nacht« eingebracht worden. Damit entwürdigten SPD und Union nicht nur den Bundestag, sie machten das Sozialrecht in verfassungswidriger Weise zum »Feindrecht«. Die Einführung einer Art »Stallpflicht« für Erwerbslose sei mit der Rechtsprechung des Bundesverfassungsgerichts nicht vereinbar.

Der Linkspartei-Abgeordnete Klaus Ernst (WASG) brachte die Debatte schließlich auf den Punkt: Er überreichte Bundeskanzlerin Angela Merkel zur Illustration der »Stallpflicht« eine Eisenkugel mitsamt Fußfessel.

7.) Hier ein Brief der Freidenker zu geplanten Privatisierungsmaßnahmen in NRW

Liebe Kolleginnen, liebe Kollegen,
die Landesregierung Rüttgers fährt den brutalsten Privatisierungs- und Ausverkauf-Kurs, denn NRW jemals erlebt hat. Wenn morgen die Festtagsreden zum 60. Jahrestag von NRW gehalten werden, wird kaum einer der verantwortlichen Politiker der Landesregierung von NRW in Düsseldorf, das brutale Zerstörungsprogramm der Landesregierung erwähnen. Hier nur einige Punkte aus den Vorhaben der Landesregierung:

- Privatisierung von 7 Landesbetrieben (u.a. der Landesentwicklungsgesellschaft –LEG NRW
- siehe Entwurf der kleinen Anfrage der SPD-Fraktion)
- Mit 500 Euro pro Semester die höchsten Studiengebühren der Republik
- Abbau von weiteren 30.000 Arbeitsplätzen bis 2010
- Zusammenlegung und Straffung von weiteren Landesbehörden und Betrieben
- Zerschlagung der Landschaftsverbände und heutigen Bezirksregierungen in drei Regionalverbände Ruhr, Rheinland und Westfalen. Dies wird unter anderem dazu führen, dass die Ruhrverband total verschuldet. und die Regionalverbände Rheinland und -Westfalen relativ gut dastehen werden. Einen einheitlichen und annähernd gleichen Standart in der Daseinsvorsorge wird es dann nicht mehr geben.
- Einsparung der Hälfte aller Niederlassungen (frühere Straßenbauämter) beim Landesbetrieb Straßenbau NRW bis 2010
- Entsprechende Kürzungen im Landesjugend- und Landessozialplan wurden bereits beschlossen (bis zu 20)

Dies ist nur eine Teil des wahnsinnigen Zerschlagungs- und Privatisierungsprogramms was die Landesregierung Rüttgers unter dem Obermotto der Haushaltskonsolidierung angeleiert hat. Niemand wird NRW wiedererkennen, wenn 2010 die nächste Landtagswahl ansteht.

Hiergegen ist unser Widerstand erforderlich. Wenn uns unsere Zukunft und die der nachfolgenden Generationen nicht egal ist, müssen wir jetzt handeln..

Mit solidarischen Grüßen

H.-Peter Keul von den Freidenkern, E-Mail: Keul-Koeln@online.de
Mobil: 0170/2451655

Anmerkung der vollständige Text der **Große Anfrage der Fraktion der SPD**
„Zukunft der Mieterinnen und Mieter sowie der Belegschaft der LEG NRW“
findet sich auf unsere Internet – Seite www.nabis.de

8.1.) Dringender Aufruf zur Rettung der Wissenschaftler im Irak

USA und UK begehen Verbrechen gegen das humanitäre Völkerrecht im Irak

Dass das Töten von irakischen Akademikern und medizinischen Fachkräften eine Auswirkung der Besatzung und nicht eines Krieges zwischen Volksgruppen ist, wie von den Teilnehmern des Madrider Seminars erneut betont wurde, zeigt auch die Untersuchung von Joachim Guilliard „Kein Glaubenskrieg - Ziel des Anschlags auf die Goldene Moschee in Samarra: die Torpedierung des Einigungsprozesses der Besatzungsgegner“ in junge Welt v. 3. März 06, aktualisierte Fassung unter:

http://www.antikriegsforumheidelberg.de/irakkrieg2/hintergrund/anschlag_moschee_samarra.htm

Weitere Informationen über die Tötungen irakischer Intellektueller auf Englisch unter: <http://www.brusseltribunal.org/Academics.htm>

Zum Gesamtumfang menschlicher Opfer im Irak siehe: Joachim Guilliard, „Die verheimlichten Opfer: - 30.000, 100.000 oder mehr – wie hoch ist die Zahl der Opfer von Krieg und Besatzung im Irak?“ in Ossietzky / ZNet Deutschland 04. März 2006
<http://www.zmag.de/artikel.php?id=1763>

Und hier vorweg die wichtigsten

Auszüge aus dem Bericht von Joachim Guilliard über das Madrider Seminar

“Der zentrale Teil des Seminars waren die Beiträge der irakischen Wissenschaftler: Dr. Ali Abdulah, Professor für Molekulargenetik an der Universität Bagdad, Dr. Salem Wasfi, Chirurg in der Abteilung für Herz- und Brust-chirurgie der Universitätsklinik von Bagdad, Ismael Kaidar Jalili, Augenarzt aus Mossul, Vorsitzender der National Association of British Arabs (NABA) und Iman Ahmad Khamas, Autorin, Journalistin, ehemals Dozentin für Literatur an der Universität Bagdad.

Prof. Abdulah berichtete auf sehr persönliche Weise über das Leben unter Besatzung. Man könne sich, ohne es erlebt zu haben, nicht vorstellen, was es heißt unter Besatzung zu leben, es sei die "Hölle". Er war zunächst von den Besatzungstruppen mehrere Monate inhaftiert worden, da ihm aufgrund seines Forschungsschwerpunktes Mitarbeit an Programmen für Massenvernichtungswaffen vorgeworfen wurde, Programme, die es nachweislich nicht gegeben hat. Diese Monate in US-Gefangenschaft seien eine sehr schlimme Erfahrung gewesen.

Wieder an der Universität sah er sich dem Chaos, den täglichen Drohungen und Angriffen ausgesetzt. Er musste mit ansehen, wie Dutzende seiner Kollegen, zum Teil persönliche Freunde systematisch ermordet wurden. Da nicht klar sei, gegen was genau sich die Anschläge richte, wer dahinter stehe, könne sich auch niemand dagegen schützen.

Dr. Wasfi war selbst nur knapp einem Anschlag entgangen. Unbekannte hatten auf ihn in seinem Büro wo er als Klinikdirektor arbeitete geschossen. Die Kugel wurde glücklicherweise vom Fensterrahmen leicht abgelenkt und verfehlte ihn. Er wies daraufhin, dass der Irak einst das beste Bildungs- und Gesundheitswesen in der Region hatte und daher bevorzugtes Ziel von Studenten aus der ganzen Dritten Welt gewesen sei. Krieg und Sanktionen haben nun alles zerstört. Ein großer Teil der Universitäten wurde bei der Invasion und zu Beginn der Besetzung zerstört oder geplündert, ebenso viele Schulen. Viele Schulen müssen heute als Flüchtlingsunterkünfte dienen. Irak hat mittlerweile die höchste Analphabetenrate unter den arabischen Nationen und ein großer Teil der geistigen Elite ist geflohen.

Dr. Jalili zeigte anhand der Verteilung der Opfer bzgl. Religionszugehörigkeit und beruflicher Spezialisierung, dass Angehörige aller Bevölkerungsgruppen und aller Berufszweige betroffen sind. Die Anschläge scheinen sich aber besonders auf Geisteswissenschaftler sowie Naturwissenschaftler und Ingenieure zu konzentrieren. Er äußerte daher den Verdacht, dass hierdurch gezielt zum einen die kritische politische Intelligenz dezimiert und zum anderen eine eigenständige technologische Entwicklung verhindert werden soll. Dies würde auch mit den von den USA und Verbündeten eingeführten wissenschaftlichen "Förderprogrammen" korrespondieren, die wie Prof. Abdulah berichtete, verhindern sollen, dass irakische Wissenschaftler in sogenannte Schurkenstaaten abwandern.

Es gäbe auch eine sehr hohe Zahl von Morden an ehemaligen führenden Baath-Mitgliedern, die z.T. als Revanche-Morde angesehen werden können. Dies spiele im Zusammenhang mit den Morden an Akademikern allerdings keine größere Rolle, da die meisten Baath-Mitglieder bereits bei Säuberungswellen zu Beginn der Besetzung ihre Universitätsstellen verloren haben.

Iman Khamas, die auch Direktorin von Occupation Watch in Bagdad war, erläuterte ebenfalls an Beispielen, wie die Besetzung jeden Tag zu spüren ist und berichtete von den vielfältigen Verstößen der Besatzungsmächte gegen internationales Recht, von Kriegsverbrechen und der alltäglichen Missachtung der Menschenrechte der Iraker.

Sie bestätigte, dass die hauptsächliche Gewalt aktuell von Milizen ausgehe, insbesondere denen, die mit den politischen Parteien verbunden sind, die die irakische Regierung stellen. Auch wenn die Gewalt sektiererisch erscheint und sich vorwiegend gegen Angehörige anderer Konfessionen richte, so sei die Religion nur eine Fassade. In Wirklichkeit ginge es um politische Macht. Es würden Konflikte geschürt, um die Bevölkerung zu spalten und den Widerstand gegen die Besetzung sowie gegen die Politik der schiitischen und kurdischen Regierungspartien zu schwächen. Hinweise, dass die USA diese Entwicklung fördert sah sie in den zahlreichen Fällen, wo Besatzungstruppen und schiitische Milizen Hand in Hand gearbeitet hätten. So als schiitische Milizen beim Versuch in den Bagdader, vorwiegend sunnitischen Stadtteil Adhamiya einzudringen von den Einwohner mit Waffengewalt zurückgeschlagen wurden und anschließend US-Truppen gegen die sunnitischen Kämpfer vorgingen. Andernorts würden sie hingegen seelenruhig der Zerstörung von sunnitischen Moscheen zusehen, ohne einzugreifen.

Khamas, die in Bagdad lebt, sieht hinter der Ermordung und Vertreibung der Intellektuellen des Landes die Absicht das Land "schwach und kontrollierbar" zu halten. "Wir verlieren so 20 bis 30 Jahren Ausbildung", fügte sie hinzu.

Direkte Beweise dafür, dass hinter dem Gros der Anschläge Kräfte stecken, die von den USA oder ihren irakischen Verbündeten kontrolliert werden, gibt es keine. Aufgrund von Augenzeugenberichten werden allerdings besonders die Badr-Brigaden der radikal-schiitischen Partei SCIRI verdächtigt.

Für Iman Khamas ist aber allein die bisherige strikte Verweigerung von ernsthaften Untersuchungen ein gewichtiges Indiz. Angesichts dessen, wie schnell die Besatzer, schon bei geringstem Verdacht der Zugehörigkeit zum Widerstand, mit Razzien und Verhaftungen bei der Hand sind, spricht ihrer Meinung die Tatsache, dass im Zusammenhang mit der Ermordung der Akademiker noch keine Verhaftung bekannt wurde, Bände. Wären die Anschläge gegen US- Interesse, würden die Besatzer sicherlich mehr tun, um ihre Hintergründe aufzuklären.“

„Pedro Martinez Montávez, Prof. em. für Arabistik an der Autonomen Universität Madrid gab einen Überblick über den Zusammenhang zwischen Besatzung und Sektierertum im Irak. Er führte aus, dass es früher keine größere ethnisch oder konfessionell bedingte Konflikte gegeben habe. Ein Hinweis dafür sind beispielsweise die vielen Mischehen, die oft eine eindeutige Zuordnung von Familien gar nicht erlaube: da sei oft der Vater arab. Schiit, die Mutter Sunnitin und der Opa Kurde oder umgekehrt. Alle einte zudem ein starkes Nationalgefühl. Nichts in der Vergangenheit könne die aktuelle sektiererische Gewalt erklären. Es sei allein die Besatzungspolitik, die die multiethnische Gesellschaft zerstöre und sie nun in einzelne Bestandteile zerfallen lasse.

Der Irak sehe sich seit 1991 einem neokolonialen Projekt gegenüber, geführt von den USA. Dieses beziehe sich auf die gesamte wirtschaftlich und strategisch so enorm wichtige Region. Mit Irak wurde begonnen, weil er im Zentrum der Region liegt, selbst riesige Ölvorräte hat und die Gesellschaft aus einem "ganzen Mosaik aus Ethnien und Konfessionen" bestehe. Um das Land beherrschen zu können, wurde nicht nur das Regime gestürzt, sondern der ganze Staat beseitigt, die Armee, die Polizei, die Verwaltung. Die Besatzung zerstöre die gesamten "politischen, sozialen, wissenschaftlichen Strukturen" (political, social, academic fabric) und niemand versuche die USA bei ihren Plänen zu stoppen: weder die EU, noch Russland und China, noch die arabischen Staaten. Kein arabisches Land wird gegen das neokoloniale Projekt intervenieren, da sie gar nicht fähig seien, ihm etwas entgegenzusetzen.“

Mit internationalistischen Grüßen
Klaus von Raussendorff

aus: Anti-Imperialistische Korrespondenz (AIKor) -
Informationsdienst der Vereinigung für Internationale Solidarität (VIS)
e.V.,

Redaktion: Klaus von Raussendorff

Postfach 210172, 53156 Bonn; Tel. & Fax: 0228 - 34.68.50;

Webmaster: Dieter Vogel

AIKor-Infos können auf der Seite der AIKor <http://www.aikor.de> unter "Info-Dienst der AIKor" runter geladen werden

(deutsch unter http://www.iraktribunal.de/dokus/aufruf_schutz_akademiker.htm)

Bitte unterschreibt hier: <http://www.brusselstribunal.org/Academicspetition.htm>

8.2) Iran erhält Unterstützung aus Russland und China....

Hu erreichte die SCO – was erreichte Bush?

SCO – China und Russland – und der Iran

von William A. M. Buckler,
«The Privateer», Australien

Der offizielle Besuch von Chinas Präsidenten Hu in Washington DC wurde zu einem diplomatischen Mini-Debakel. Die Chinesen hatten das Gipfeltreffen stets als richtigen Staatsbesuch bezeichnet. Präsident Hu erhielt wohl die obligatorischen 21 Salutschüsse, davon abgesehen aber reduzierten die Amerikaner diesen offiziellen Besuch zu einer «Arbeits»visite. So gab es kein richtiges Staats-Diner. Präsident Hu wurde durch Zwischenrufe unterbrochen. Wann hat Herr Bush das zum letzten Mal erlebt? Und als Hu das Rednerpult verliess, schnappte ihn Bush buchstäblich und hielt ihn fest, damit die Fotografen ihre Bilder schießen konnten.

Der schlimmste Zwischenfall aber ereignete sich beim Abspielen der Nationalhymne. Die chinesische Hymne wurde als Hymne der «Republik China» angekündigt. Die Republik China – das ist Taiwan. Chinas offizieller Name lautet: «Volksrepublik China». Auf der Ebene höchster Diplomatie geschehen solche «Missgeschicke» einfach nicht – nie.
Diplomatie – eine Sache gegenseitiger Höflichkeit

Geschehen sie doch, und sei es unabsichtlich, sind sie der Nation, der diese Kränkung unterlaufen ist, äusserst peinlich – oder sollten es zumindest sein. Wird keine Verlegenheit gezeigt, kommt dies einer vorsätzlichen Beleidigung eines fremden Staatsoberhauptes gleich. Es gab in diesem Fall keinerlei Zeichen irgendwelcher Verlegenheit auf seiten der USA. Chinesische Internetseiten und Internetjournale deuteten dies sofort als gewollte Beleidigung Chinas.

Die beiden Chefs, Präsident Bush und Präsident Hu, trafen sich während einer Stunde privat. Anschliessend folgte ein zweistündiger «Arbeitslunch». Danach war alles vorbei. Die chinesische Delegation und Präsident Hu wahrten ihr Lächeln und hielten sich an die vorbereiteten Stellungnahmen. Die Administration Bush blieb ebenfalls bei ihren Stellungnahmen.

SCO – China und Russland – und der Iran

SCO ist das Kürzel für die Shanghai Cooperation Organization. Am 15. Juni 2001 als Joint Partnership zwischen Russland und China gegründet, ist die SCO eine zwischenstaatliche Organisation, die ursprünglich aus China, Russland, Kasachstan, Kirgistan, Tadschikistan und Usbekistan bestand. Kürzlich wurde angekündigt, dass auch der Iran, Indien, die Mongolei und Pakistan Vollmitglieder der SCO werden sollen. Den Iran in die SCO einladen – das ist ein gewaltiges geopolitisches Ereignis. Nunmehr werden alle Mitglieder der SCO – einschliesslich China und Russland – an ihrem Gipfeltreffen am 15. Juni in der iranischen Atom-Frage eine gemeinsame Haltung einnehmen. Der iranische Vizeausserminister, -Mohammadi, sprach Ende April davon, durch das Koordinieren ihrer energieproduzierenden Länder einen iranisch-russischen «Gas- und Öl-Bogen» zu bilden. Die Erweiterung der SCO wird jetzt die gesamte US-Strategie im Nahen Osten blockieren. Mit Russland und China als geopolitischem Schutz ist der Iran nun sicherer. Zudem sind Russland und China durch die SCO und den Iran bis an die irakische Grenze vorgerückt.

Geopolitische Zeitabläufe

Diese laufen zwischen dem 28. April und dem 15. Juni. Der Sicherheitsrat der Uno hat eine Stellungnahme verabschiedet, die vom Direktor der Internationalen Atomenergiebehörde IAEA, Mohamed El-Baradei, verlangte, dem Sicherheitsrat und dem Gouverneursrat der IAEA bis zum 28. April darüber Bericht zu erstatten, ob der Iran die Urananreicherung eingestellt habe. Am 15. Juni trifft sich die Shanghai Cooperation Organization SCO. Anlässlich dieses Treffens werden der Iran, Indien, Pakistan und die Mongolei beitreten. Die

siebenwöchige Frist zwischen dem 28. April und dem 15. Juni ist eine Art geopolitisches Niemandsland. Die Vereinigten Staaten haben schon auf den 28. April gestarrt: kurz vor oder nach diesem Datum – sobald der Uno-Sicherheitsrat den Iran-Bericht der IAEA in Händen hält – , wollten sie sofort eine Resolution nach Kapitel VII erwirken – eingereicht von den USA und gegen den Iran gerichtet. Resolutionen nach Kapitel VII erlauben den Einsatz militärischer Gewalt. Aber sowohl Russland als auch China haben wissen lassen, dass sie die gesamte iranische Atom-Frage zur Erledigung wieder an die IAEA zurückgewiesen haben wollen. Das würde bedeuten, dass der Weg in den Krieg mit dem Iran, den die Bush-Regierung verfolgt, auf der Ebene der Uno blockiert wäre. Die IAEA verfügt in ihrem Statut über keinerlei Mittel, um Krieg zu autorisieren. Da dieser Ablauf für sie absehbar war, hält die Bush-Regierung mit der Forderung nach wirtschaftlichen Sanktionen gegen den Iran eine Ausweidlösung bereit.

Tatsächlich hat der Iran sein Atom-Programm nicht gestoppt, er hat es beschleunigt. Aber solange sein Atom-Programm ausschliesslich friedlichen Zwecken dient, ist der Iran auf Grund der Verträge, die er unterzeichnet hat, absolut berechtigt, das zu tun.

Die Bush-Regierung muss sowohl den Bericht der IAEA als auch irgendein weiteres Resultat des Uno-Sicherheitsrates abwarten, bevor sie handeln kann. Schlimmer noch ist diese Frist des geopolitischen Niemandslandes zwischen diesen Uno-Ereignissen und ihrem Ausgang. Die USA haben den 15. Juni vor sich, den Zeitpunkt, an dem der Iran der SCO beitreten wird. Nach dem 15. Juni

Nach dem 15. Juni und dem SCO-Gipfel wird die SCO die geopolitische und geostrategische Achse verändern. Ist der Iran Mitglied der SCO, stehen 4 Atommächte hinter ihm. Die 4 sind Russland, China, Indien und Pakistan. Gemeinsam bilden sie eine furchterregende globale geostrategische Masse. Der «Block» reicht von der Beringstrasse über Russland bis zu dessen Grenzen mit der Europäischen Union. Ausserdem umfasst er ganz China und reicht über Indien bis Pakistan. Mit dem Iran erreicht er die Grenze des Irak und endet in den Wellen der Strasse von Hormuz und des Persischen Golfs. In seiner Gesamtheit weist er direkt auf die gegenwärtigen US-Streitkräfte im Irak. Nach dem 15. Juni wird die Bush-Regierung nicht mehr nur nach dem Iran schauen, sie wird sich dem grössten Teil der asiatischen Landmasse gegenübersehen.

Das US-Zeitfenster

Um einen militärischen Schlag (höchstwahrscheinlich aus der Luft) gegen den Iran zu führen, bleibt der Bush-Regierung de facto der Zeitraum zwischen der Entscheidung des Uno-Sicherheitsrates Ende April und dem SCO-Gipfel vom 15. Juni. Nach dem 15. Juni wird die ganze riesige Einheit der SCO rechtlich und politisch hinter dem Iran stehen. Als Unterzeichner der SCO-Artikel werden alle Mitgliedstaaten verpflichtet sein, dem Iran zu Hilfe zu kommen – auch militärisch. Sollte die Bush-Regierung den Iran nach dem 15. Juni angreifen, würde dies einen neuen Weltkrieg bedeuten. Greift sie den Iran vor dem 15. Juni an, würde das einen ausgedehnteren Krieg im Nahen Osten bedeuten, wahrscheinlich aber ohne volle Beteiligung sowohl der SCO als auch Russlands und Chinas. An dieser Stelle ist das Vorhandensein dieses teilweise offenen Zeitfensters bemerkenswert. Es hätte nie sein müssen, wenn die SCO früher gehandelt hätte. Russland und China hätten den Iran, Pakistan und Indien früher dazu einladen können. Das Offenlassen dieses Zeitfensters entspricht in der Tat einem gerüttelten Mass an politischem «Wir-fordern-dich-Heraus». Zwischen den Zeilen haben Russland und China der Regierung Bush den Fehdehandschuh hingeworfen. In Wirklichkeit haben sie damit gesagt: «Macht euren Luftangriff auf den Iran. Wir wissen, dass ihr, wenn ihr es einmal getan habt, diesen Luftkrieg Woche um Woche und Monat um Monat werdet weiterführen müssen. Wir wissen, dass ihr, solange ihr den Iran nicht mit Bodentruppen besetzt, nie eine militärische Lösung erreichen werdet. Und solltet ihr euch dazu entscheiden, Atomwaffen einzusetzen, dann wissen wir, so gut wie der Rest der Welt auch, dass die Vereinigten Staaten eine Paria-Nation werden, politisch, wirtschaftlich und monetär von allen gemieden. Das wird eure schlussendliche Niederlage von selbst besiegeln.» Präsident Bush hat sieben Wochen, um sich zu entscheiden. Die Zeit läuft. •

Aus: <http://www.zeit-fragen.ch/ausgaben/2006/nr19-vom-852006/hu-erreichte-die-sco-was-erreichte-bush/>

Weiter interessante Artikel und Analysen auf unserer Webseite: www.nabis.de